



7. Änderung des Regionalplans 2015 inklusive Änderung des Teilregionalplans Landwirtschaft

**Teiltrücknahme eines Regionalen Grünzugs und eines
Vorranggebiets für die Landwirtschaft, IKG Horb/Empfingen
„Interkommunale Gewerbeentwicklung KOMPASS81“**

PLANTEIL UND BEGRÜNDUNG

7. Änderung des Regionalplans 2015 inklusive Änderung des Teilregionalplans Landwirtschaft

**Teilrücknahme eines Regionalen Grünzugs und eines Vorranggebiets für die
Landwirtschaft, IKG Horb/Empfingen
„Interkommunale Gewerbeentwicklung KOMPASS81“**

Regionalverband Nordschwarzwald

Satzungsbeschluss durch die Verbandsversammlung:

Genehmigung durch das Wirtschaftsministerium:

Öffentlich bekannt gemacht im Staatsanzeiger Baden-Württemberg:

Bearbeitung: Dipl.-Ing. Jutta Bachmann / M.A. Udo Wagner

Herausgeber

Regionalverband Nordschwarzwald

Westliche Karl-Friedrich-Str. 29 - 31, 75172 Pforzheim

Telefon: 07231/14784-0

www.rvnsw.de, sekretariat@rvnsw.de

Inhaltsverzeichnis

Satzung des Regionalverbands Nordschwarzwald zur Feststellung der 7. Änderung des Regionalplans 2015 inklusive der Änderung des Teilregionalplans Landwirtschaft, Teilrücknahme eines Regionalen Grünzugs und eines Vorranggebiets für die Landwirtschaft, Horb/Empfingen „Interkommunale Gewerbeentwicklung KOMPASS81“	A
Genehmigung der obersten Landesplanungsbehörde vom XX.XX.20XX	B
Kartenteil	
Begründung	1
Zusammenfassende Erklärung nach § 10 Abs. 3 ROG i. V. m. § 2a Abs. 6 LplG	4
Zusammenstellung der Maßnahmen zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen bei der Verwirklichung des Plans (Monitoring)	4

A **Satzung des Regionalverbands Nordschwarzwald**
(wird noch eingefügt)

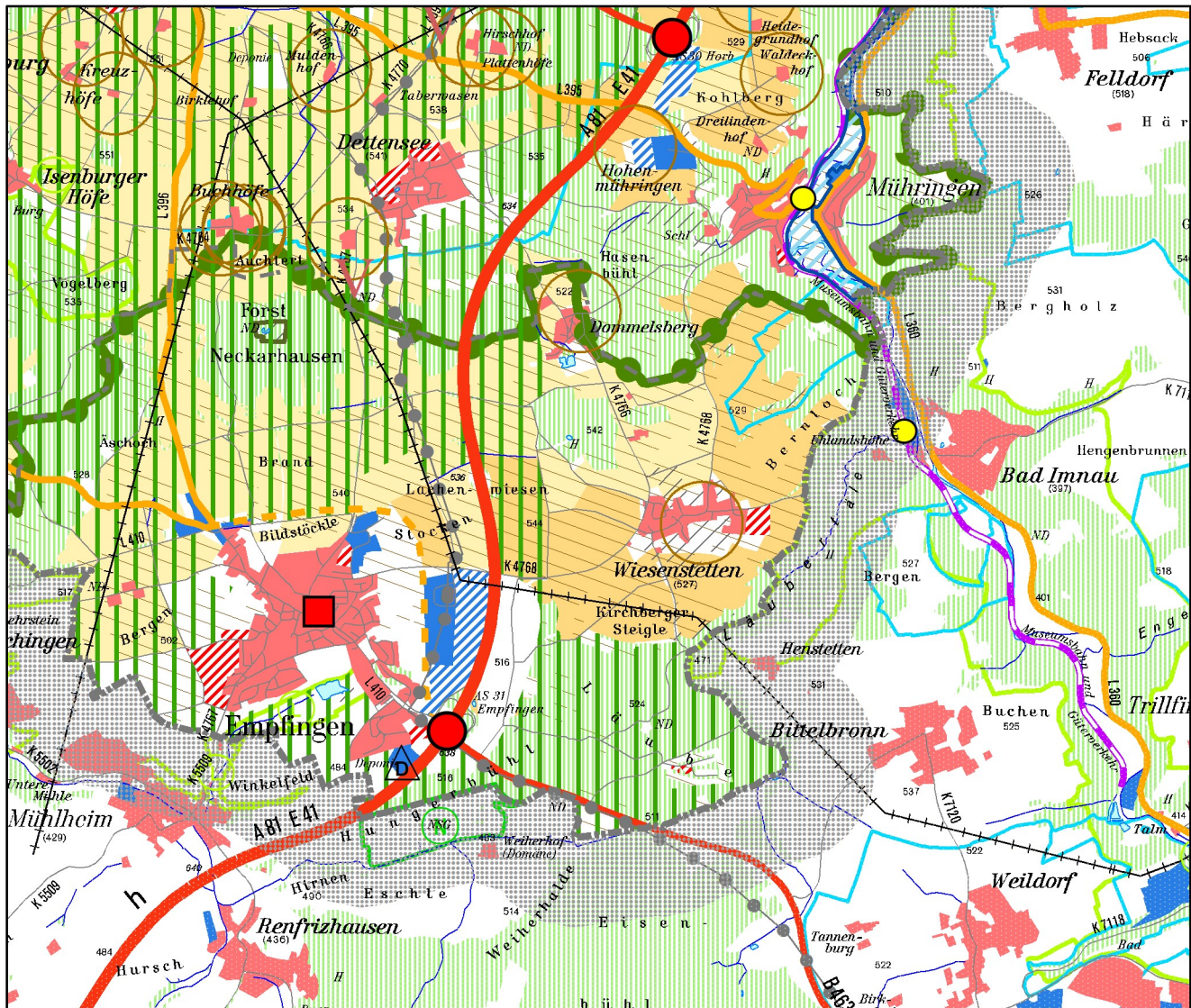
B **Genehmigung der obersten Landesplanungsbehörde**
(wird noch eingefügt)

Kartenteil

Ausschnitt aus der Raumnutzungskarte vom 12.05.2004, verbindlich seit 21.03.2005, einschl. 1., 2., 4. und 5. Änderung sowie der Festlegungen und eines Vorschlags zur Landwirtschaft gemäß Beschluss v. 13.07.2016

7. Änderung des Regionalplans 2015 Nordschwarzwald inklusive Änderung des Teilregionalplans Landwirtschaft, Teilrücknahme eines Regionalen Grünzugs und eines Vorranggebietes für die Landwirtschaft, Horb/Empfingen "Interkommunale Gewerbeentwicklung "KOMPASS81"

gemäß Satzungsbeschluss vom XX.XX.20XX



1:50.000

0 500 1.000 2.000 3.000 Meter

Datenquelle:
Regionalplan 2015 Nordschwarzwald, RVNSW 2005
Hintergrund: Digitale Topographische Karte 1 : 50.000
© Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-
Württemberg (www.lgl-bw.de); Az.:2851.9-1/19

REGION NORDSCHWARZWALD
Regionalverband
























Kartenteil - Legende

Ausschnitt aus der Raumnutzungskarte vom 12.05.2004, verbindlich seit 21.03.2005, einschl. 1., 2., 4. und 5. Änderung sowie der Festlegungen und eines Vorschlags zur Landwirtschaft gemäß Beschluss v. 13.07.2016

7. Änderung des Regionalplans 2015 Nordschwarzwald inklusive Änderung des Teilregionalplans Landwirtschaft, Teiltrücknahme eines Regionalen Grünzugs und eines Vorranggebietes für die Landwirtschaft, Horb/Empfingen "Interkommunale Gewerbeentwicklung "KOMPASS81"

gemäß Satzungsbeschluss vom XX.XX.20XX

<p>Legende (Auszug)</p> <ul style="list-style-type: none"> Regionaler Grünzug (Z) Vorrang-/Vorbehaltsgebiet für die Landwirtschaft (Z/G) Bodenschutz (G) Gewerbe/Industrie Bestand / in Planung (N) Siedlung Bestand / in Planung (N) Naturschutzgebiet (N) Landschaftsschutzgebiet (N) Naturparkgrenze (N) Wald (N) Regionalbedeutsamer landwirtschaftlicher Betrieb (Vorschlag) Deponie (N) Haltepunkte Bestand (G) Straßen-Anschlussstellen Bestand (N) Großräumig bedeutsame Straßen (N) Regional / Überregional bedeutsame Straßen (N) Regional bedeutsame Straßen (N) Regional bedeutsame Straßen - Trassenfreihaltung (Z) sonstige Straßen und Fahrwege (N) Gasfernleitung (N) Freileitung (N)	<p>7. Änderung des Regionalplans 2015 Nordschwarzwald inklusive Änderung des Teilregionalplans Landwirtschaft, Teiltrücknahme eines Regionalen Grünzugs und eines Vorranggebietes für die Landwirtschaft "Interkommunale Gewerbeentwicklung "KOMPASS81"</p> <p style="text-align: right;">24.06.22 JB</p>
	<p style="text-align: right;">Datenquelle: Regionalplan 2015 Nordschwarzwald, RVNSW 2005 Hintergrund: Digitale Topographische Karte 1 : 50.000 © Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg (www.lgl-bw.de); Az.:2851.9-1/19</p> <p style="text-align: right;">REGION NORDSCHWARZWALD Regionalverband </p>

7. Änderung des Regionalplans 2015 Nordschwarzwald inklusive Änderung des Teilregionalplans Landwirtschaft

Teiltrücknahme eines Regionalen Grünzugs und eines Vorranggebietes für die Landwirtschaft, IKG Horb/Empfingen „Interkommunale Gewerbeentwicklung KOMPASS81“

Begründung:

Der Regionale Grünzug und das Vorranggebiet für die Landwirtschaft im Osten der Gemeinde Empfingen soll zurückgenommen werden, um ein neues interkommunales Gewerbegebiet realisieren zu können. Der Geltungsbereich des geplanten Gewerbegebiets umfasst insgesamt 52 ha, davon sind ca. 35 ha als Netto-Gewerbefläche nutzbar (Fläche Geltungsbereich abzüglich Erschließungs- Ausgleichs- und Grünflächen). Ein Zielverstoß mit dem Regionalen Grünzug ergibt sich auf 38,8 ha; ein Zielverstoß mit dem Vorranggebiet für die Landwirtschaft auf 28 ha. Da die Grundzüge der Planung berührt werden, ist zur Realisierung der Planung eine Änderung des Regionalplans 2015 inklusive einer Änderung des Teilregionalplans Landwirtschaft erforderlich. Diese Änderung wurde durch den Zweckverband Kommunalpark Stuttgart Singen A81 „KOMPASS81“ beantragt (Anlage I). Die Entscheidung des Planungsausschusses in seiner Sitzung am 24.11.2021 zur Einleitung des Regionalplanänderungsverfahrens erfolgte ausschließlich unter dem Aspekt der für die Stadt Horb und die Gemeinde Empfingen für notwendig erachteten Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes.

Zu den Aufgaben der großen Kreisstadt Horb a. N. als Mittelzentrum und als Schwerpunkt für Gewerbe, Industrie und Dienstleistungseinrichtungen gehört die Vorhaltung eines quantitativ und qualitativ ausreichenden Angebotes an verfügbaren Gewerbeflächen für Neuansiedlungen. Die Stadt Horb a. N. und das Kleinzentrum Empfingen verfügen derzeit über ein Gewerbeflächenangebot von 19,7 ha. Mit diesem Flächenangebot können die genannten Aufgaben nicht gewährleistet werden. Der Bedarf an Gewerbeflächen wird durch die Gewerbeflächenprognose der VG Horb a.N. nachvollziehbar nachgewiesen (Anlagen 1 und 5). Darin wird dargestellt, dass sich im Prognosezeitraum bis 2037 ein Bedarf von etwa 34,6 ha Gewerbeflächen für die Stadt Horb und die Gemeinde Empfingen ergibt, was auch durch das Regierungspräsidium Karlsruhe akzeptiert wird. Die Dringlichkeit wird im Antrag auf Regionalplanänderung durch den Zweckverband KOMPASS81 nachvollziehbar erläutert (sh. Anlage I). Sie wird mit einer hohen Nachfrage begründet, die das reale Angebot, welches durch die Stadt Horb gesteuert werden kann, deutlich übersteigt. Im Falle der Gemeinde Empfingen, ergeben sich die Anfragen aus der räumlichen Nähe zum Innovationscampus Empfingen.

Mit der Planung eines interkommunalen Gewerbegebietes soll dem Ziel Rechnung getragen werden, die hohe Verkehrsbelastung durch weite Pendlerverkehre in benachbarte Regionen durch eine stärkere Arbeitsplatzkonzentration zu verringern. Es sollen mit den Neuansiedlungen von Unternehmen wohnortnahe Arbeitsplätze geschaffen werden, die den regionalen Wirtschaftsstandort stärken.

Zur Deckung des Bedarfs nach Bauflächen wurden anfangs drei Standortalternativen durch den Zweckverband KOMPASS81 einer näheren Untersuchung unterzogen. Diese Standorte liegen im Regionalen Grünzug und/oder in einem Vorranggebiet für die Landwirtschaft. Ein weiterer Alternativstandort, der nicht in Regionalen Grünzügen oder Vorranggebieten für die Landwirtschaft liegt, wurden nach Anregung des Regionalverbandes Nordschwarzwald in die Betrachtung mit einbezogen (sh. Anlage 2, Stand 06.03.2023).

Die Standortalternativenprüfung des Zweckverbandes KOMPASS81 kommt zu dem Ergebnis, dass zur Bedarfsdeckung der Standort des geplanten interkommunalen Gewerbegebietes „KOMPASS81“ entwickelt werden soll. Es wird nachvollziehbar dargelegt, dass der Standort die einzige sinnvoll umsetzbare Standortalternative darstellt, die unabhängig von der geplanten Ortsumgehung Empfingen realisierbar und eine ausreichende Flächengröße besitzt, um den prognostizierten Gewerbeflächenbedarf bis 2037 zu decken. Verkehrlich ist der Standort durch die Lage an der Autobahnanschlussstelle Empfingen zwischen K4768 und der B463 und durch die geplante Verlegung der Kreisstraße 4768 in den östlichen Randbereich des geplanten interkommunalen Gewerbegebietes sehr gut erschlossen. Ein Anschluss an den ÖPNV soll im Zuge der weiteren Planungen zum Bebauungsplan berücksichtigt werden. Die im Nachgang des Beteiligungsverfahrens überarbeitete Standortalternativenprüfung (Anlage 2) führt ergänzend den „Innovationscampus Heinzberg“ auf Gemarkung Empfingen an. Hierbei handelt es sich um ein Sondergebiet für Forschungs- und Entwicklungszwecke (S. 3).

Die restlichen Standortalternativen sind aufgrund schwieriger Topographie, exponierter Lage, Nähe zur Wohnbebauung oder geringer Größe weniger geeignet als der Standort des geplanten interkommunalen Gewerbegebietes „KOMPASS81“ und stark von einer Ortsumgehung abhängig. Eine Entwicklung der Standortalternativen ist nur möglich, wenn die Lage der Ortsumgehung feststeht und eine verkehrliche Entlastung des bestehenden Straßennetzes vorliegt. Da die Ortsumgehung sich derzeit in der Vorplanung befindet, muss von langen Planungszeiträumen ausgegangen werden. Damit sind diese Standortalternativen in überschaubaren Zeiträumen nicht realisierbar. Weshalb die alternativen Standorte nicht in Betracht kommen, wird ebenfalls in der im Nachgang des Beteiligungsverfahrens überarbeiteten Standortalternativenprüfung (Anlage 2) auf S. 33-37 verdeutlicht.

Es wird davon ausgegangen, dass mit der Weiterverfolgung des Standorts des geplanten interkommunalen Gewerbegebietes „KOMPASS81“ dem Ziel 5.3.2 des Landesentwicklungsplans entsprochen wird, da aus den vorgenannten Gründen die restlichen untersuchten Standortalternativen nicht zur Verfügung stehen. Zudem muss eine Waldumwandlungserklärung der Höheren Forstbehörde zur Beschlussfassung der Regionalplanänderung vorliegen. Das geplante interkommunale Gewerbegebiet stellt keinen neuen Siedlungsansatz dar und entspricht damit dem Ziel 3.1.9 des Landesentwicklungsplans.

Die Fläche GE3 „KOMPASS81“ liegt innerhalb der regionalplanerisch gebietsscharf festgelegten Zielfestlegungen Regionaler Grünzug und Vorranggebiet für die Landwirtschaft im Osten der Gemeinde Empfingen an der BAB 8. Da gemäß Plansatz 3.2.1 Z (2) des Regionalplans in Regionalen Grünzügen und Plansatz 3.3.3 Z (6 bis 8) in Vorranggebieten für die Landwirtschaft

eine bauliche Entwicklung unzulässig ist, ist die Teilrücknahme des Regionalen Grünzugs und des Vorranggebietes für die Landwirtschaft durch die Änderung des Regionalplans 2015 inklusive einer Änderung des Teilregionalplans Landwirtschaft erforderlich.

Nach § 8 Raumordnungsgesetz (ROG) i. V. m. § 2a des Landesplanungsgesetzes (LplG) Baden-Württemberg ist bei der Änderung eines Regionalplans eine Umweltprüfung im Sinne der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments durchzuführen. Hierzu wurde ein Umweltbericht erstellt (Anlage II). Darin werden die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen der Regionalplanänderung bezogen auf die Schutzgüter (Mensch/menschliche Gesundheit, Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter, Landschaft, Tiere/Pflanzen/biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Klima/Luft) und auf die Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern beschrieben und bewertet. Eine FFH-Vorprüfung und eine Einschätzung zum Besonderen Artenschutz ist erfolgt und im Umweltbericht in einem eigenen Tabellenabschnitt dokumentiert. Die artenschutzrechtlichen Belange wurden bereits 2018 geprüft (Anlage 4).

Der Umweltbericht ist als gesonderter Bestandteil der Begründung des Planentwurfs beigelegt. Wesentliches Ergebnis der Umweltprüfung ist, dass bei Realisierung der Planung nach derzeitigem Kenntnisstand erhebliche negative Auswirkungen auf alle Schutzgüter zu erwarten sind. Mit besonders hohen Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden und Fläche muss gerechnet werden. Für die Schutzgüter ‚Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter‘ und ‚Tiere, Pflanzen und Biologische Vielfalt‘ sowie zu Natura 2000 und den Besonderen Artenschutz ist eine abschließende Bewertung der Umweltauswirkungen auf der Regionalplanungsebene nicht möglich. Dazu müssen Untersuchungen auf Ebene der Bauleitplanung oder Genehmigung erfolgen. Die Inanspruchnahme von Erholungswald muss in der Nähe des Eingriffs in Abstimmung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landwirtschaft durch Aufforstung geeigneter Flächen ausgeglichen werden. Eine Waldumwandlungserklärung der höheren Forstbehörde ist bis zur Beschlussfassung der 7. Änderung des Regionalplans vorzulegen. Die großräumige Funktion des Regionalen Grünzugs und des Vorranggebietes für die Landwirtschaft bleibt bei Umsetzung des geplanten Gewerbegebietes und der geplanten Flächennutzungsplanänderung dann erhalten, wenn die im Umweltbericht genannten Voraussetzungen erfüllt werden. Im Übrigen wird auf den Umweltbericht verwiesen.

Änderungen der Plansätze des Regionalplans 2015 und des Teilregionalplans Landwirtschaft sind nicht erforderlich, da sich die Änderung ausschließlich auf die Raumnutzungskarte des Regionalplans 2015 inklusive des Teilregionalplans Landwirtschaft bezieht.

Zusammenfassende Erklärung (nach § 10 Abs. 3 ROG i. V. m. § 2a Abs. 6 LplG)

a) Berücksichtigung von Umwelterwägungen

Die Umweltbelange wurden insbesondere durch die abgestufte Vorgehensweise bei der Alternativenauswahl berücksichtigt. Es wurde die Alternative ausgewählt, die zum einen aufgrund ausreichender Flächengröße und kurzfristiger Verfügbarkeit realisierbar ist und zum anderen die voraussichtlich geringsten Umweltauswirkungen erwarten lässt. Die konkrete Umsetzung umweltschützender Belange muss im Rahmen der Bauleitplanung erfolgen.

b) Berücksichtigung des Umweltberichtes sowie der Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens nach § 9 Abs. 2 ROG und § 12 Abs. 2 bis Abs. 5 LplG und Darstellung der Gründe, die nach Abwägung mit den geprüften anderweitigen Planungsmöglichkeiten für die Festlegungen des Plans entscheidungserheblich waren

Wie im Umweltbericht dargestellt, sind sehr hohe Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden und Fläche sowie eine mittlere bis hohe Auswirkung auf das Schutzgut Wasser zu erwarten. Von unüberwindbaren Beeinträchtigungen ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht auszugehen. Entscheidungserheblich für die Festlegung im Plan waren daher zum einen die Ergebnisse der Umweltprüfung, die Notwendigkeit der Gemeinden Empfingen und Horb a. N. ihren Bedarf an Gewerbeflächen zu decken – insbesondere vor dem Hintergrund der Funktion der Stadt Horb a. N. als Mittelzentrum und damit als ein Schwerpunkt für Industrie und Gewerbe, aber auch aufgrund des hohen Flächenbedarfs der Logistikbranche sowie des hohen Auspendlerüberschusses.

Weitere Gründe sind der nachgewiesene kurzfristige Bedarf an Gewerbeflächen, die verkehrsgünstige Lage an einer Anschlussstelle der Autobahn A81 in der Nähe zu dem bestehenden Gewerbegebiet Heiligenfeld mit dem Kombi-Terminal an der Schnittstelle des Containerverkehrs zwischen Straße und Schiene, zum anderen die Alternativenprüfung, in Verbindung mit der durch den Regionalverband vorgenommenen Bewertung der Standortalternativen aus Umweltsicht, mit dem Ergebnis, dass der ausgewählte Standort die beste Option für eine zeitnahe gewerbliche Entwicklung darstellt. Weitere Erkenntnisse, die zu einer Änderung des Planentwurfs führen würden, haben auch die Beteiligungsverfahren nach § 9 Abs. 2 ROG und § 12 Abs. 2 bis 5 LplG nicht ergeben.

Zusammenstellung der Maßnahmen zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen bei der Verwirklichung des Plans (Monitoring)

Gemäß § 8 Abs. 4 ROG sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Raumordnungspläne auf die Umwelt auf Grundlage der in der Begründung genannten Maßnahmen zu überwachen, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und um in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu

ergreifen. In § 28 Abs. 4 LplG wird diese Überwachungsaufgabe (Monitoring) den höheren Raumordnungsbehörden übertragen. Diese nutzen dabei die im Umweltbericht angegebenen Überwachungsmaßnahmen und die Mitteilungen des Regionalverbandes über deren Ergebnisse. Die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen informieren die höhere Raumordnungsbehörde, sofern nach den ihnen vorliegenden Erkenntnissen die Durchführung des Raumordnungsplans erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt hat. Die Ergebnisse der Überwachung teilt die höhere Raumordnungsbehörde dem Regionalverband und den Stellen mit, deren Aufgabenbereich davon berührt ist.

Bei der 7. Änderung des Regionalplans 2015 ist insbesondere zu überwachen, wie sich die Teilrücknahme des Regionalen Grünzugs für die Ansiedlung eines Gewerbegebietes auf die Funktionen des Grünzugs unter Berücksichtigung der für den Raum relevanten Umweltziele auswirkt. Der Schwerpunkt der Überwachung auf Ebene der Regionalplanung soll auf kumulativen Wirkungen liegen. Dabei sollte möglichst auf bestehende oder zukünftige Indikatoren zurückgegriffen werden, um Doppelarbeiten zu vermeiden.

Im Falle der 7. Änderung des Regionalplans 2015 bietet sich als Indikator der Umweltüberwachung die Flächeninanspruchnahme des Regionalen Grünzugs an. Die Überwachung erfolgt im Rahmen der Gesamtfortschreibung des Regionalplans 2015 durch den Regionalverband Nordschwarzwald. Treten deutliche Verschlechterungen des Umweltzustandes ein, sind Maßnahmen in Rücksprache mit dem Zweckverband KOMPASS81 zu ergreifen. Der Regionalverband Nordschwarzwald wird die höhere Raumordnungsbehörde über die jeweiligen Ergebnisse unterrichten.

Im Zuge der Abschichtung werden der Umsetzungsstand der Planung als auch die konkreten Auswirkungen auf die Umweltziele im nachfolgenden Bauleitplanverfahren überwacht.

Anlagen:**I Änderungsantrag Regionalplan erg. 09.05.2023* mit folgenden weiteren Anlagen:**

- 1 Begründung GE-Bedarf VVG Horb
 - 1.1 GE-Bedarfsermittlung Horb
 - 1.2 GE-Bedarfsermittlung Empfingen
 - 1.3 GE-Bedarfsermittlung Eutingen
- 2 Standortalternativenprüfung erg. 06.03.2023*
 - 2.1 Zeichnerischer Teil A3 M 1:10.000
 - 2.2 Flächenbilanz
- 3 Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans
- 4 Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag zum Bebauungsplan
- 5 Gewerbeflächenbedarf Stadt Horb a.N. 27.04.2023*

II Umweltbericht zur 7. Änderung des Regionalplans vom 24.06.2022*

* Diese Anlagen wurden im Nachgang des Beteiligungsverfahrens aktualisiert bzw. ergänzt.

Alle Anlagen sind im Internet auf der Homepage des Regionalverbands Nordschwarzwald unter www.rvnsw.de abrufbar.